

Arbeitsbericht 2002-2005

Bundestagswahl 2002

„Erneuerung und Zusammenhalt“, mit diesem Titel unseres Wahlprogramms waren wir gemeinsam erfolgreich. Erstmals konnten wir den Wahlkreis in Folge wiederum direkt mit 46,7 % gewinnen. Nochmals Dank für den engagierten Wahlkampf von vielen Genossinnen und Genossen vor Ort.

Nach der Bundestagswahl wurde ich als Parlamentarischer Staatssekretär im neuen Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung in die zweite Regierung Schröder/Fischer berufen. Zu meinen Aufgabenfeldern gehören hier die Renten- und Unfallversicherung, die Sozialhilfe, die Politik für Menschen mit Behinderungen und die Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Meine Aufgabe als Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Arbeit und Soziales endete damit.

Aktiv im Wahlkreis, Parlament und Partei

Die Arbeit als Abgeordneter und im Ministerium erfordert eine Schwerpunktsetzung der Themen und ein gutes Zeitmanagement. Hinzu kommt die notwendige Unterstützung der Genossinnen und Genossen und der Mitarbeiter/innen. Allen sei gedankt, die mir dabei geholfen haben. Ein besonderer Dank gilt Sabine Herget und Julia Stöber in Berlin sowie Thomas Fritz und Thorsten Nissen (Projekt „Behindertenpolitik“) im Bürgerbüro. Ebenso danke ich Anke Kolb, Anne Naefeldt und Marco Chwalek in den Parteibüros.

da sein – zuhören – handeln

Die während des Bundestagswahlkampfes 2002 eingeführten **Ortsvereinsvorsitzenden-Treffen** wurden beibehalten. Diese Form des Informationsaustausches und der Diskussion wird ergänzt durch das Info-Blatt **„TIB“** (Thönnies-Info-Brief), das an die Funktionsträger geht und aus der Arbeit in Berlin und im Wahlkreis informiert sowie durch aktuelle E-mails

Auf Einladung der Ortsvereine nahm ich an **örtlichen Parteiveranstaltungen** zur Arbeitsmarktpolitik, Renten- und Gesundheitsreform, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Agenda 2010, dem neuen Steuerkonzept des SPD-Landesverbandes oder anderen bundespolitischen Themenstellungen teil. Seitens der Bundestagsfraktion gab es drei **„Fraktion-vor-Ort“-Veranstaltungen** zur Reform der Arbeitsförderung, der Gesundheits- und Rentenpolitik. Bereits zwei Veranstaltungen haben im Rahmen des von mir gegründeten **„Forums Zukunft Kreis Segeberg“** unter dem Motto **„Hurra wir leben länger“** zur Entwicklung der älter werdenden Gesellschaft stattgefunden. Hinzu kam die Teilnahme an **Kreisparteitagen** und kreisweiten Parteiveranstaltungen wie z. B. „Bündnis für Jugend, Erziehung und Familie“ in Kisdorf oder Gesprächen mit der AFA, aber ebenso auch an den mehr **geselligen Treffen**, wie Matjes-, Rotkohl-, Grünkohlessen, Grill- oder Sommerfesten. Die Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär bringt es mit sich, dass ich für die Bundesregierung ebenso **im Bundesgebiet** an Veranstaltungen von Verbänden und Einrichtungen teilnehme oder auch andere SPD-Fraktionsmitglieder bei ihrer „Vor-Ort-Arbeit“ im Wahlkreis unterstütze. Der Dialog mit der Partei im Wahlkreis hat für mich einen hohen Stellenwert.

Im **Kommunalwahlkampf 2003** und **Landtagswahlkampf 2005** habe ich die Kandidatinnen und Kandidaten durch die Teilnahme an Info-Ständen, bei Verteilaktionen und Veranstaltungen unterstützt. Im **Europawahlkampf** fand in Kooperation mit dem SPD-Kreisverband Segeberg eine internationale Veranstaltung mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im schwedischen Reichstag, Leif Jacobsson und dem ehemaligen Finanzminister und dänischem Abgeordneten Frøde Sørensen sowie unserem MdEP Willy Piecyk in Bad Segeberg statt.

Zur Wahlkreis-Arbeit gehört die **Betreuung der Petenten**, die sich mit verschiedensten Anliegen in Bürgersprechstunden oder über das Bürgerbüro an mich wenden. Seitens der Mitarbeiter und der guten Drähte in Fraktion und Ministerien ist eine verlässliche Bearbeitung sichergestellt.

Neben meinen traditionellen jährlichen **Betriebspraktika**, wie 2004 bei der Behinderteneinrichtung der Ev. Stiftung Alsterdorf Hamburg/Umland in Bargfeld-Stegen, gehören **Unternehmensbesuche** ebenso zur „Alltagsarbeit“. Diese erstreckten sich von Mittelständlern, wie MDW in Todendorf, über das Naturkostunternehmen C. F. Grell, Apotheken, dem Wintergarten-Produzenten Kaben, dem Verpackungshersteller Paul Hildebrandt AG, dem Etikettierspezialisten Logopak, dem Windenergieanlagen-Hersteller Nordex AG und Schülke & Mayr GmbH sowie Ethicon, der Fa. Pelz in Wahlstedt, bis hin zu GlaxoSmithKline und Minimax AG und den Segeberger Kliniken. Hinzu kamen Besuche bei den Arbeitsämtern, der

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Stormarn mbH, dem Projekt „Z.I.E.L.–Zentrum für Integration, Einkommen und Leben“ in Kaltenkirchen für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger sowie Kontakte zu den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise. Aktuell habe ich mich zusammen mit ver.di für den **Erhalt der Arbeitsplätze bei Möbel-Kraft in Bad Segeberg** eingesetzt und ver.di auch Räume des Bürgerbüros zur Beratung und Werbung neuer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Auch sprach ich mit der Personalleitung und Betriebsräten im **Glaswerk Rexam in Wahlstedt**, nachdem dort ebenfalls ein Belegschaftsabbau geplant wird. Mit der Bildung der „**Initiative Raum Bad Segeberg und Umgebung**“ versuche ich gemeinsam mit allen politischen Parteien und den am wirtschaftlichen Leben Beteiligten von Kalkbergring, Wirtschaftsförderung, IHK und ver.di den Strukturwandel in der Region zu gestalten. Vertreter aus dem SPD-Ortsverein und der SPD-Kreistagsfraktion haben mit mir in einem Treffen mit dem Parl. Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Walter Kolbow gemeinsam für den **Erhalt der Kaserne in Bad Segeberg** geworben.

Aufgewühlt haben mich die **Unfälle an den schrankenungesicherten Bahnübergängen der Bahnstrecke Bad Oldesloe - Bad Segeberg**. Hier konnte inzwischen von der Deutschen Bahn die Zusage erreicht werden, dass schneller als vorgesehen bis 2005 alle Bahnübergänge mit Schranken gesichert werden. Die ersten Sicherungen sind bereits in Funktion. Weitere folgen.

Erfolgreich waren die Bemühungen, auch vom Bund finanzielle Unterstützung für die **Sanierung des Herrenhauses im Forschungsinstitut Borstel** zu erhalten. Neben einigen Unternehmen im Wahlkreis werden auch die **Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Stormarn mbH** sowie die **VHS in Norderstedt** mit Lernverbund-Projekten vom Bund gefördert.

Im Rahmen der **Politik für Behinderte** besuchte ich 2002 die Behinderten-Einrichtung **Ev. Stiftung Alsterdorf HamburgUmland in Bargfeld-Stegen**. Zwischenzeitlich nahm ich dort ebenfalls 2003 und 2004 an Diskussionsveranstaltungen zur Arbeitsförderung und gesellschaftlichen Integration für Behinderte teil. **Barrierefreies Fahren im ÖPNV** war ein Thema bei der AKN in Kaltenkirchen. Auch wird der Kreis Segeberg mit in die Reihe bundesweiter **Modellprojekte zum Persönlichen Budget** einbezogen. Auf meine Einladung wird nun erstmals **eine Besuchergruppe von Menschen mit Behinderungen aus dem Wahlkreis** am 30. Juni in Berlin sein.

Insbesondere die Förderung lernbehinderter Jugendlicher war im Zusammenhang mit der veränderten Förderpolitik der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Rechtsprechung und den damit verbundenen Auswirkungen auf die **Jugendaufbauwerke** in den letzten beiden Jahren ein Thema. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf Kreis-, Landes- und Bundesebene ist es 2003 und 2004 gelungen, weitgehend Einschnitte zu vermeiden. Bei Besuchen der JAW Bad Oldesloe, Norderstedt und Bad Segeberg informierte ich mich jeweils über die aktuelle Lage. Derzeit habe ich mich aktiv in die **Bemühungen zum Erhalt des JAW Bad Segeberg** eingeschaltet.

Nach dem erfolgreichen Einsatz zur **Verhinderung der Abschiebung** der Familie Begic aus Geschendorf hat die Familie nun die deutsche Staatsbürgerschaft. Meine Unterstützung hatte ebenso der Verein „FIT e.V.“ in Bad Oldesloe bei seinem Eintreten für ein Bleiberecht eines Flüchtlings.

Um die Förderung von Toleranz und Anerkennung ging es auch bei der Teilnahme und Übernahme der Schirmherrschaft für den „**1. und 2. Christopher-Street-Day**“ im Sommer 2003 und 2004 in Bad Segeberg. Für den Kreis Segeberg hatte ich ebenfalls 2002 die Schirmherrschaft bei den Aktivitäten zum **Projekt „Schüler helfen leben“**. Jedes Jahr stelle ich zwei Plätze im Bürgerbüro zur Verfügung. Bereits seit 1994 unterstütze ich die jährliche Verleihung des „**Olof-Palme-Preises**“ an engagierte Menschen in Stormarn.

Weiterhin beteilige ich mich an dem **Deutsch-Amerikanischen Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP)**, indem ich jährlich Patenschaften für Schüler aus dem Wahlkreis und junge Amerikaner, die in die Region kommen, übernehme. Ähnliches gilt auch für die **Einladung von Schulklassen und Jugendlichen** zu Besuchen und Veranstaltungen im Deutschen Bundestages (z.B. Jugend und Parlament) oder der SPD-Bundestagsfraktion (z.B. Girls' Day oder Jugend-Pressetag) in Berlin. Gerne nehme ich auch die Einladungen zu **Diskussionsrunden mit Schülern** in Schulen in meinem Wahlkreis an.

Nach wie vor beliebt sind die **3-Tage-Fahrten nach Berlin** für 2 x 50 Teilnehmer im Jahr. Die Auswahl von engagierten Kommunalpolitikern, ehrenamtlich Aktiven, Vertretern von Vereinen und Verbänden, Jugendlichen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern hat sich bewährt. **Betriebsräte aus dem Wahlkreis** lade ich zu den regelmäßig stattfindenden **Betriebsräte-Konferenzen der SPD-Bundestagsfraktion** nach Berlin ein. Außerdem beteilige ich mich an dem jährlich stattfindenden Austauschprogramm der Wirtschaftsjunioren mit dem Deutschen Bundestag und lade einen jungen Unternehmer aus meinem Wahlkreis für drei Tage nach Berlin ein.

Die Arbeit in Parlament und Partei

Nach der Bundestagswahl 2002 wurde nicht zuletzt vor dem Hintergrund der schlechten ökonomischen Entwicklung mit sehr geringen Wachstumsraten und steigenden Arbeitslosenzahlen deutlich, vor welchen enormen Herausforderungen wir in Deutschland stehen. Dies gilt insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme. Auf der anderen Seite haben CDU/CSU und FDP nichts unversucht gelassen, diese Lage zu einem Abbau des Sozialstaates sowie der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer und Interessenvertretungen zu nutzen. Kaum ein anderes Ministerium stand in dieser Legislaturperiode so sehr im Blickpunkt wie das Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Insbesondere bei der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung ging es um Beitragssatzreduzierung bzw. -stabilisierung, um die Lohnnebenkosten im Griff zu halten und die Voraussetzungen für ein Wachstum an Beschäftigung im Aufschwung zu verbessern. Hinzu kam eine Korrektur der Mini-Jobs, um Schwarzarbeit zu reduzieren. Um den Erfolg bei dem Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (1999 – 2002 ./ 24 %) fortzusetzen, erarbeiteten wir ein neues Gesetz zur Förderung der Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen und starteten die „Initiative Job – Jobs ohne Barrieren“.

Die notwendigen Entscheidungen zur Reform der Arbeitsmarktpolitik habe ich unterstützt, aber mich ebenso auch für längere Übergangszeiten und die Milderung von Härten eingesetzt. Vielstimmigkeit einiger Parteirepräsentanten und entsprechende mediale Begleitung haben bis zum Frühjahr 2003 bei vielen in der Öffentlichkeit und der Partei den Eindruck des Fehlens einer klaren Linie entstehen lassen. Die Wahlniederlagen bei verschiedenen Landtagswahlen waren entsprechende Folgen. Die am 14.3.2003 von Bundeskanzler Gerhard Schröder abgegebene Regierungserklärung zur Agenda 2010 ließ schließlich einen Rahmen und Weg erkennen, der dringend notwendige Veränderungen sowie Ziele deutlicher machte. Nach zustimmenden, aber auch sehr kritischen Diskussionen in Regionalkonferenzen stimmte im Juni 2003 ein Sonderparteitag weitgehend den notwendigen politischen Schritten zu.

In der **Arbeitsmarktpolitik** geht es um einen Umbau der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Ziel, über JobCenter eine schnellere Vermittlung und einen besseren Service für Arbeitgeber und Versicherte zu bieten. Hinzu kommt die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit der Einbeziehung von 400.000 Sozialhilfeempfängern und ihren Familien in das Arbeitslosengeld II und damit in die Serviceangebote der Arbeitsverwaltung. Die Kommunen werden mit 2,5 Mrd. € entlastet und erhalten hierdurch und die steuerpolitischen Entscheidungen neue Spielräume für Investitionen. Ziel dieser Reform ist es, die Eigenverantwortlichkeit von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu verbessern und ihnen zu helfen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln auf der Basis von Arbeit zu bestreiten. Das Arbeitslosengeld II umfasst daher Hilfen, die zu einer Beendigung oder Verringerung der Hilfsbedürftigkeit beitragen. Neben den 345- Euro monatlich (West) werden die Kosten für Wohnung und Heizung übernommen. Die Hilfsbedürftigen sind daneben kranken-, pflege- und rentenversichert. Durch Freibeträge verbleibt bei jedem Bezieher von Arbeitslosengeld II ein angemessener Teil seines privaten Vermögens. In der Übergangszeit wird ein auf zwei Jahre befristeter Zuschlag gewährt. Auch besteht die Möglichkeit, durch die Aufnahme einer Teilzeitarbeit die Summe der Hilfsleistungen zu erhöhen. Gemeinsam mit Landrat Gorissen nahm ich an einer Klausurtagung der Segeberg SPD-Kreistagsfraktion zur Umsetzung von Hartz IV teil.

Angesichts zurückgehender Beitragseinnahmen und steigender Rentenausgaben haben wir mit den **Rentengesetzen** des Jahres 2003 den Beitragssatz bei 19,5 % stabilisiert. Die dabei zu treffenden Entscheidungen vom Aussetzen der Rentenanpassung 2004, der Absenkung der Schwankungsreserve und der Verschiebung des Auszahlungstermins für Zugangsrentner hat die Lasten dieser Entwicklung sowohl auf die jüngere als auch auf die ältere Generation verteilt. Mit dem **Rentenversicherungs-Nachhaltigkeits-gesetz** wird das solidarische Rentenversicherungssystem durch den Nachhaltigkeitsfaktor langfristig gefestigt. Unbedingt notwendig wird eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge. Darum wurden die Verfahren für die Riester-Rente erleichtert. Unterstützt wird der Aufbau einer privaten Altersvorsorge durch die schrittweise Steuerfreistellung der Rentenbeiträge ab 2005.

Mitte 2003 wurde der Gesundheitskonsens zwischen Regierung und CDU/CSU ausgehandelt. Das **Gesundheitsmodernisierungsgesetz** ist ein Kompromiss, der angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat notwendig war. Es ist dabei gelungen, sowohl Voraussetzungen für Beitragssatzsenkungen zu schaffen, als auch Qualitäts- und Effizienz-Verbesserungen zu regeln. Verhindern konnten wir das Vorhaben der Opposition gar keine Zuzahlungsbegrenzungen vorzusehen. Für uns hatte es eine sehr zentrale Bedeutung, für Chroniker eine 1%ige und für alle anderen Versicherten eine 2%ige Zuzahlungsbegrenzung festzuschreiben. Die Umsetzung der Gesundheitsreform zum 1.1.2004 hat für viel Kritik gesorgt, zu der auch mit Sicherheit die eine oder andere nicht objektive mediale Berichterstattung beigetragen hat. Ein großer Teil der Umsetzungsaufgaben war aber auch von der Selbstverwaltung zu erledigen. Inzwischen hat sie für die notwendige Klarheit gesorgt. Diese Gesundheitsreform war ein erster wichtiger Schritt für eine Erneuerung und Verbesserung der Transparenz des

Systems. Weiterbildungsverpflichtungen, das Institut für Qualität in der Medizin, bessere Rechte der Patientenverbände und die neue Patientenbeauftragte sind nur einige Beispiele hierfür. Gleichwohl ist auf der anderen Seite klar, dass eine Entlastung der Unternehmen erfolgt, mehr Eigenverantwortung und Zuzahlungen anfallen, ebenso aber auch Reduzierungsmöglichkeiten der Aufwendungen durch Teilnahme an Präventionsprogrammen bestehen und die Beiträge bereits für 32 Millionen Versicherte reduziert wurden. Vor uns liegt nun die Umsetzung des Bundesparteitagsbeschlusses zur **Bürgerversicherung** und die langfristige Festigung unserer sozialen Sicherungssysteme durch stärker **an Skandinavien orientierte Finanzierungsstrukturen**.

Immer, und das ist auch gut so, tritt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit auf. Sie ist und sie wird immer schwierig zu beantworten sein. Bei allem, was wir entscheiden, ist es daher immer ein richtiger Gradmesser, dass die stärkeren Schultern in einer solidarischen Gesellschaft auch mehr tragen können als die schwächeren. So haben wir bereits mit dem Beitragssatzsicherungsgesetz 2003 sowohl die Pharmaindustrie als auch den Handel und die Apotheken zur Mitfinanzierung stark herangezogen. Über 70 Steuerschlupflöcher wurden geschlossen. Die **Mindestbesteuerung** gewährleistet, dass Unternehmen beim Zusammentreffen von Verlustvorträgen und Gewinnen Steuern zahlen. Weitergehende Regelungen hat die Opposition im Bundesrat verhindert. Schließlich hat der Bundesparteitag im November 2003 die Reform der **Erbsteuern** beschlossen. Die schleswig-holsteinische SPD-Position zu Vereinfachungen im Steuerrecht bis hin zum Wegfall des Ehegattensplittings und einem Steuerzuschlag bei absoluten Spitzeneinkommen ab 500.000 € wird von mir geteilt. Gerechtigkeit bedeutet aber auch, nicht heute alles zu verkonsumieren, was wir erwirtschaften, sondern auch vorzusorgen und **in Familie, Bildung und Forschung zu investieren**. So steigen hier die Aufwendungen um rund 4 Mrd. € für Ganztagschulen bis 2007. Weitere 4,5 Mrd. € stehen zur Unterstützung der Kommunen bei der Kinderbetreuung bis 2008 und knapp 1 Mrd. € für Hochleistungs-Unis und neue Lehrstellen in den nächsten drei Jahren zur Verfügung. Kommt kein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot liegt das Umlagegesetz bereit.

Im Deutschen Bundestag bin ich außerdem **stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe** sowie **Leiter der Delegation zur Ostseeparlamentarierkonferenz**. Den SPD-Landesverband verrete ich in der Organisation **SAMAK**, einem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften in der Ostseeregion. Im April hat mich Bundeskanzler Gerhard Schröder zum **Beauftragten** für die Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung der Mobilität in der Grenzregion Deutschland/Dänemark benannt.